

Benjamin Dahlke

One Nation under God

Der US-Katholizismus und die Politik

HERDER 45

FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2026
Hermann-Herder-Straße 4, D-79104 Freiburg
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de
produktsicherheit@herder.de
Umschlaggestaltung: Verlag Herder
Umschlagmotiv: © picture alliance/NurPhoto | Andrea Mancini
Satz: Arnold & Domnick, Leipzig
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN Print 978-3-451-02689-8
ISBN E-Book (PDF) 978-3-451-84689-2

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung	11
2. Vom Rand der Gesellschaft ins Zentrum der Macht	
Zur Demographie des Katholizismus.	27
2.1 Die Kolonialzeit und die Frühphase der USA	28
2.2 Die territoriale Expansion der Vereinigten Staaten	41
2.3 Flucht und Migration in die Vereinigten Staaten.	47
2.4 Zusammenfassung und Ausblick	64
3. Entweder – oder	
Das Zweiparteiensystem	67
3.1 Die Demokratische Partei.	73
3.2 Die Republikanische Partei.	81
3.3 Zusammenfassung und Ausblick	97
4. Ein komplexer Aushandlungsprozess	
Das Verhältnis von Staat und Kirche	103
4.1 Erste Klärungen – Katholizismus im neuen Staat	104
4.2 Können Katholiken wahre Amerikaner sein?	114
4.3 Religionsfreiheit	122
4.4 Zusammenfassung und Ausblick.	129
5. Die Aussicht auf Freiheit und Wohlstand	
Flucht und Migration	131
5.1 Flucht und Migration im 18. und 19. Jahrhundert	133
5.2 Flucht und Migration im 20. Jahrhundert	137
5.3 Flucht und Migration im 21. Jahrhundert	144
5.4 Zusammenfassung und Ausblick	148

6. Von der Sklaverei zu <i>Black Lives Matter</i>	
Die prekäre Lage der <i>African Americans</i>	151
6.1 Die Plantagenwirtschaft von der Kolonialzeit bis zum Bürgerkrieg	153
6.2 Die <i>Reconstruction</i> , der <i>Lost Cause</i> und eine unveröffentlichte Enzyklika	158
6.3 Von der Bürgerrechtsbewegung zu <i>Black Lives Matter</i>	166
6.4 Zusammenfassung und Ausblick	172
7. Ein Ausblick auf die Präsidentschaftswahl 2028	175
Anhang	189
Anmerkungen	191
Literaturverzeichnis	243
Personenregister	281

Vorwort

Aktuell besteht in den USA eine sehr enge Verbindung von Religion und Politik. Man könnte sogar von einer Verschränkung sprechen. Erinnert sei nur daran, wie mit der Ermordung des rechtskonservativen Aktivisten und Influencers Charlie Kirk (1993–2025) im Spätsommer 2025 umgegangen wurde. Bei der Trauerfeier für den evangelikalen Christen, zu der sich zehntausende Menschen in einem Football-Stadion im Bundesstaat Arizona versammelten, sprachen führende Vertreter der Republikanischen Partei. Sogar der amtierende US-Präsident trat auf. Immerhin hatte Kirk gerade bei jungen Menschen intensiv Wahlwerbung für ihn gemacht. Bei der Trauerfeier wurde Kirks gewaltsamer Tod nicht nur als Mord, sondern auch als Opfer bezeichnet. Hierdurch kam zur juristischen Dimension eine theologische hinzu. Schließlich soll ein Opfer, das in Gottes Namen geschieht, Gutes für andere bewirken; es ist ein absichtsvolles Sterben für die Mitmenschen. Das erklärt, warum Kirk oft in die Nähe zu Jesus Christus oder zumindest den christlichen Märtyrern gerückt wurde. Er sei gleichermaßen Christ und Patriot gewesen, dem es um Gott und sein Vaterland ging – damit ein Vorbild für alle, die sich um die Zukunft der USA sorgen. So ging es bei der Trauerfeier auch darum, Menschen politisch zu beeinflussen bzw. sie zu aktivieren.¹ Deshalb konnte es immer wieder heißen: *We are Charlie Kirk!* Religion wurde hier offenkundig in den Dienst genommen. Zugleich ist festzuhalten, dass die Religion zuvor selbst schon politisch geworden war. Schließlich hatte Kirk nicht nur als Bürger Wahlwerbung gemacht, sondern sich dabei auf seinen Glauben berufen.

Während die enge Verbindung der Evangelikalen – Christinnen und Christen, die vor allem eine strenge Bibelauslegung pflegen und die persönliche Beziehung zu Jesus Christus betonen – mit der Republikanischen Partei inzwischen schon häufig behandelt wurde, ist vergleichsweise wenig über das komplexe Verhältnis des Katholizismus zur Politik in den USA bekannt. Vorliegendes Buch möchte dieses Thema im Sinne einer Einführung erschließen, d.h. orientierendes Wissen vor einem breiteren historischen Hintergrund bereitstellen. Obwohl es bisweilen schwerfiel, habe ich mich dabei bemüht, zwischen sachlicher Information und persönlicher Meinung zu unterscheiden, um dem zentralen Ziel der Wissensvermittlung Rechnung zu tragen. Vor aller Wertung sollte das Verstehen stehen. Von meinem eigenen, vielfältig bedingten Standpunkt kann ich natürlich nicht absehen. Seit dem Studium bin ich immer wieder für

Forschungsaufenthalte in den Vereinigten Staaten gewesen – anfangs in Princeton und Boston, später in Milwaukee und vor allem Notre Dame. Die Westküste kenne ich hingegen nur ansatzweise. Außerdem könnte man bei der Beschäftigung mit den USA und dem dortigen Katholizismus selbstverständlich ganz andere Akzente setzen, als ich das getan habe. Deshalb nochmals der Hinweis, dass es sich bei vorliegendem Buch um eine Einführung handelt – nicht mehr, aber auch nicht weniger, denn bislang wurde das Thema in deutscher Sprache nicht zusammenhängend behandelt.² Somit möchte dieses Buch eine Lücke schließen. Zur besseren Verständlichkeit werden Zitate übersetzt, jedoch im Original in den Endnoten nachgewiesen. Englische Fachausdrücke werden nach Möglichkeit vermieden oder sogleich erläutert.

Beim Schreiben konnte ich auf eine umfangreiche, in ihrer Gänze nur schwer überschaubare Forschungsliteratur zurückgreifen, die das Verhältnis von Religion und Politik in den Vereinigten Staaten sowohl insgesamt³ als auch speziell mit Blick auf den Katholizismus⁴ behandelt. Zudem habe ich Ideen und Formulierungen aus eigenen Publikationen aufgegriffen, die in den letzten Jahren entstanden sind. Was dort erprobt wurde, ist in mehrere Kapitel eingeflossen.⁵ Dankbar bin ich meinem Kollegen Michael Hochgeschwender (München) für zwei bereichernde interdisziplinäre Seminarveranstaltungen sowie mehreren Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich immer wieder über die Politik der Vereinigten Staaten diskutieren und dabei viel Neues lernen konnte. Eigens erwähnen möchte ich Rüdiger Bachmann (Ann Arbor, MI), Wiebke Deimling (Worcester, MA), Francis Herrmann (Boston, MA), Ulrich Lehner, Mark Poorman und Wilson D. Miscamble (alle Notre Dame, IN).

Für die Durchsicht des Manuskripts und konstruktive Rückmeldungen danke ich zum einen Inge Gerwing, Angelina Krumma, Ruth Maria Plank, Josefa Woditsch (alle Eichstätt) und Clemens Carl vom Verlag Herder (Freiburg i. Br.), zum anderen meiner Kollegin Karin Scherschel (Eichstätt) sowie den Kollegen Leonhard Hell (Mainz) und Michael Hochgeschwender (München). Ohne die vielfältige Hilfe und Unterstützung hätte dieses Buch unmöglich entstehen können. Selbstverständlich ist das Thema damit keineswegs erschöpft. So habe ich gerade erst zusammen mit Marco Hofheinz (Hannover) eine interdisziplinäre Tagung über die *culture wars* durchgeführt, bei der mir viele weitere Aspekte aufgefallen sind. Spannend dürften auch die Feierlichkeiten anlässlich des 250. Jubiläums der Unabhängigkeitserklärung im Sommer 2026 werden. Bei ihnen wird Geschichtspolitik sicherlich eine Rolle spielen.

Um die Politik in den Vereinigten Staaten gerade in ihren religiösen Bezügen besser zu verstehen, bedarf es zweifelsohne weiterer Forschung. Das gilt umso mehr, als die aktuelle US-Administration beinahe täglich Schlagzeilen produziert und Reaktionen verschiedener, auch kirchlicher Akteure hervorruft. Hierin bestand im Übrigen eine Herausforderung beim Schreiben dieses Buches. Berücksichtigt werden konnten nur die Entwicklungen bis Anfang dieses Jahres. Lediglich erwähnt werden somit die Auseinandersetzungen zwischen dem Vatikan und Washington seit dem Osterfest 2026. Aufgrund des Irankriegs, der schon mehrere Wochen gedauert hatte, mahnte der Papst wiederholt an den Frieden. Der US-Präsident reagierte darauf mit teils wütenden Reaktionen. Zudem postete er auf seiner Plattform *Truth Social* eine KI-generierte Darstellung von sich, in der er als eine Art Heilsbringer erscheint. Offenkundig bezog er sich dabei auf Jesus Christus. Damit löste er weltweit Empörung aus, ja es wurde sogar von Blasphemie gesprochen. Zwar löschte er den Post schnell, nachdem selbst enge Unterstützer sein Vorgehen kritisiert hatten, doch sind bleibende Irritationen entstanden. Hingegen hat der selbst aus den USA stammende derzeitige Papst weit über den Katholizismus hinaus an Achtung und Respekt gewonnen. Wie sich hieran zeigt, behandelt das vorliegende Buch ein überaus aktuelles Thema. Obwohl nicht alle Ereignisse berücksichtigt werden konnten, trägt es hoffentlich zum Verständnis der Vereinigten Staaten in der Gegenwart bei.

Notre Dame, IN, den 14. April 2026

Benjamin Dahlke

1. Einleitung

Während die Religion im deutschsprachigen Raum in der Politik eher als Privatsache gilt, ist sie in den USA öffentlich stark präsent. Üblicherweise werden Reden mit der formelhaften Segensbitte *God bless America!* beendet. Selbst Politikerinnen und Politiker, die persönlich nicht unbedingt fromm zu sein scheinen, verwenden sie. Außerdem treten bei der Amtseinführung von Präsidenten, der sogenannten *inauguration*, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften auf – bislang fast ausschließlich christlicher Kirchen – und sprechen allgemeingehaltene Gebete. Als Donald Trump (*1946) Anfang 2025 seine zweite Amtszeit begann, übernahmen hauptsächlich ein evangelikaler Pastor und ein katholischer Kardinal diese Aufgabe: zum einen Franklin Graham (*1952), der eine weltweit tätige Missionsorganisation mit Sitz im Bundesstaat North Carolina leitet, die sein als Erweckungsprediger bekannt gewordener, politisch sehr einflussreicher Vater gegründet hat; zum anderen Timothy Dolan (*1950), damals noch Erzbischof von New York. Beide repräsentierten zwei Wählergruppen, die sich für den Slogan *Make America Great Again!* empfänglich gezeigt und mit ihrer Stimmabgabe wesentlich zum Sieg Trumps beigetragen hatten. Von den weißen Christinnen und Christen, die als Evangelikale gelten, hatten 81 % den Kandidaten der Republikanischen Partei gewählt; von den Katholikinnen und Katholiken waren es insgesamt 55 %.¹

Dass bei einer Amtseinführung Gebete gesprochen werden, ist an sich gar nicht vorgeschrieben. Ebenso wenig muss der in formaler Hinsicht zentrale Eid auf die Heilige Schrift abgelegt werden. Anfang 2025 nutzte Trump hierfür sogar gleich zwei Bibeln: die eine hatte ihm seine presbyterianische Mutter geschenkt, die andere wurde schon vom Republikaner Abraham Lincoln (1809–1865) und dem Demokraten Barack Obama (*1961) bei ihren Amtseinführungen verwendet. Damit reihte sich Trump selbst in eine lange Tradition prägender Präsidenten ein. Zwar vergaß er, seine Hand auf eine der beiden Bibeln zu legen, doch war dies rein formal unerheblich. Im Hintergrund der Bezugnahmen auf das Christentum steht das, was in der Forschung als ‚Zivilreligion‘ bezeichnet wird.² Hiermit ist ein Gefüge von Glaubenssätzen, Symbolen und Ritualen gemeint, welches unabhängig von den Kirchen in die politische Kultur der Vereinigten Staaten integriert ist. Einerseits handelt es sich um eine Selbstsakralisierung der amerikanischen Nation, ihrer Gründungsdokumente und

-väter, denen höchste Verehrung zukommt. Andererseits stellt die ‚Zivilreligion‘ die Politik in den Horizont einer universal-transzendenten Wirklichkeit, vor der diese sich zu verantworten hat. Diese Wirklichkeit wird üblicherweise mit Begriffen und Wendungen der jüdisch-christlichen Tradition ins Wort gebracht. Das suggeriert, dass es sich um den Gott Israels, der kein anderer als der Gott Jesu Christi ist, handelt. Ob die amerikanische ‚Zivilreligion‘ über jene Tradition hinausgreift, ist eine interessante Frage, die bisher selten diskutiert wurde. Schließt sie auch Muslime oder sogar Hindus ein, von denen es in den USA immer mehr gibt?

Allerdings erfüllt die Religion weder bloß die Funktion, den politischen Betrieb über sich selbst hinaus zu verweisen, noch schafft sie lediglich ein Gemeinschaftsgefühl. Trotz der klaren Trennung von Staat und Kirche, wie sie die Verfassung der Vereinigten Staaten vorsieht, ist sie auch inhaltlich wichtig. So prägen bestimmte theologische Konzepte und konfessionsspezifische Vorstellungen die amerikanische Politik. Das soll im Folgenden in Bezug auf den Katholizismus gezeigt werden. Mit diesem Begriff ist in diesem Kontext jedoch nicht allein die Institution der katholischen Kirche mit ihren Diözesen und Bischöfen gemeint, sondern die Gesamtheit der Katholikinnen und Katholiken, die in der US-Gesellschaft leben, mit dieser interagieren und sie dadurch beeinflussen – wobei sie auch umgekehrt selbst von ihr beeinflusst werden.³ Es handelt sich folglich um ein Wechselverhältnis. Dieses wird nochmals komplexer, weil die katholische Kirche nicht national-, sondern weltkirchlich strukturiert ist. Deshalb muss als zusätzlicher Faktor der Vatikan mit dem Papst an der Spitze berücksichtigt werden. Letzterer kann in den Vereinigten Staaten Bischöfe frei ernennen und auch generell Einfluss auf die Situation vor Ort nehmen. Im Laufe der amerikanischen Geschichte ist die Bindung der Katholikinnen und Katholiken an Rom allerdings immer wieder problematisiert worden. Das geschah sowohl von protestantischer als auch von säkularer Seite. Es schien nämlich, als würden die Gläubigen von einer fremden, ausländischen Macht gesteuert. Ob sie vor diesem Hintergrund ihrem Land gegenüber loyal sein könnten, stand damit infrage. In der Tat unterscheidet das Transnationale den Katholizismus von allen übrigen Konfessionen in den Vereinigten Staaten. Einige machen schon in ihrem Namen deutlich, auf die Vereinigten Staaten beschränkt zu sein – etwa die *Evangelical Lutheran Church in America* oder die *Presbyterian Church (U.S.A.)*.

Inzwischen stellt es aber kein Problem mehr dar, dass Katholikinnen und Katholiken in der Politik tätig sind und den Kurs der weltweit füh-

renden wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Großmacht mitbestimmen. Längst nehmen sie verantwortliche Positionen in Staat und Gesellschaft wahr. An der Loyalität ihrer Heimat gegenüber kann dabei kein Zweifel bestehen. Beispielsweise wirkte die größte Laienorganisation des Landes, die *Knights of Columbus*, Mitte des 20. Jahrhunderts maßgeblich darauf hin, dass der bei vielen öffentlichen Anlässen und in Schulen übliche Fahneneid (*Pledge of Allegiance*) um eine bis dahin nicht vorhandene religiöse Dimension erweitert wurde. Zunächst verwendeten die *Knights of Columbus* den Zusatz *under God* nur bei ihren internen Veranstaltungen, wie es damals auch bei anderen Gruppierungen Bestrebungen gab, den Gottesbezug im gesellschaftlichen Leben zu stärken. Verständlich wird das vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs, in dem die Abgrenzung vom atheistischen Kommunismus wichtig war. Louis C. Rabaut (1886–1961), ein Politiker aus dem Bundesstaat Michigan, brachte schließlich in Washington ein entsprechendes Gesetz auf den Weg. Der Demokrat war nicht nur Mitglied der genannten Laienorganisation; von seinen neun Kindern gehörten vier Ordensgemeinschaften an. Nachdem das Repräsentantenhaus und der Senat parteiübergreifend zugestimmt hatten, jenen Zusatz aufzunehmen, setzte Präsident Dwight D. Eisenhower (1890–1969) – ein Republikaner – im Sommer 1954 das Gesetz in Kraft.⁴ Seither lautet das stark patriotische Treuegelöbnis:

I pledge allegiance to the Flag of the United States of America, and to the Republic for which it stands, one nation *under God*, indivisible, with liberty and justice for all.

Ich gelobe Treue der Flagge der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik, die sie verkörpert, einer Nation *unter Gott*, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für alle.

Bis dahin konfessionslos, hatte sich der Präsident erst wenige Tag nach seinem Amtsantritt, also im Februar 1953, von einem Geistlichen der *Presbyterian Church (U.S.A)* taufen lassen. Er betrachtete das Christentum als einen integralen Bestandteil der amerikanischen Identität. Deshalb begrüßte Eisenhower die Initiative der *Knights of Columbus* ganz ausdrücklich, wie er deren Leiter brieflich mitteilte:

„Gerne sende ich den *Knights of Columbus* anlässlich der Jahresversammlung ihres Obersten Rates Grüße. Ihre unermüdliche Arbeit für Wohltätigkeit und Geschwisterlichkeit in den Gemeinden unseres Landes hat lange dazu beigetragen, dass die Amerikanerinnen und Amerikaner sich der religiösen Werte bewusst sind, die wir vertreten. Und in diesem Jahr sind wir besonders dank-

bar für Ihren Beitrag zur Bewegung, die dazu geführt hat, dass die Worte ‚unter Gott‘ unserem Fahnenbild hinzugefügt wurden. Diese Worte erinnern die Amerikaner daran, dass wir trotz unserer großen physischen Stärke demütig bleiben müssen. Sie werden uns helfen, die spirituellen und moralischen Prinzipien, die allein dem Menschen Würde verleihen und auf denen unsere Lebensweise basiert, stets in unserem Bewusstsein und in unseren Herzen zu behalten. Für die Beiträge, die Ihre Organisation zu diesem Anliegen geleistet hat, müssen wir aufrichtig dankbar sein.“⁵

Wie sich hieran deutlich zeigt, spielt der Katholizismus in der Politik der Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle; er verfügt trotz seiner Minderheitsposition über erheblichen Einfluss. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es nicht *den* amerikanischen Katholizismus gibt. Vielmehr handelt es sich bei den Katholikinnen und Katholiken um eine äußerst heterogene Bevölkerungsgruppe.⁶ Sie sind durch verschiedene Aspekte geprägt, von denen einige zentrale genannt sein sollen:

- (1) Der ethnische Hintergrund. Die USA sind ein multiethnisches und multikulturelles Einwanderungsland, in dem inzwischen Menschen aus fast allen Ländern der Erde leben. Bis ins 20. Jahrhundert hinein stammten die meisten Migranten aus Europa, danach vor allem aus Lateinamerika und Asien. Inzwischen sind noch der Nahe Osten und Afrika hinzugekommen – die Verschleppung von Millionen Sklaven vor allem aus der Kongo-Region und West-Zentralafrika ist eigens zu bedenken. Jede ethnische Gruppe hat ihre jeweils spezifischen Prägungen und Traditionen, die sich selbstverständlich auch religiös auswirken. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein waren sogar nach Bevölkerungsgruppen getrennte Pfarreien üblich, in denen die jeweilige Muttersprache gepflegt wurde.
- (2) Wohnort. In den USA gibt es ein massives Stadt-Land-Gefälle. In Metropolen wie New York, Los Angeles und Chicago wohnen jeweils mehrere Millionen Menschen, während in vielen Regionen die Bevölkerungsdichte sehr niedrig ist. Das Leben im urbanen Manhattan unterscheidet sich selbstverständlich erheblich von dem im agrarisch geprägten Bundesstaat South Dakota. Interessanterweise korreliert der Wohnort häufig mit der Parteipräferenz: In nahezu allen Städten, vor allem in denen an der Ost- und Westküste, dominieren die Demokraten; die Republikaner liegen hingegen auf dem Land vorne.
- (3) Das Geschlecht. Ebenso wie in anderen westlichen Demokratien konnten Frauen in den USA lange Zeit nicht am politischen Leben

teilnehmen. Seit dem Jahr 1920, als ein Zusatzartikel zur Verfassung verabschiedet wurde, üben sie jedoch das aktive und passive Wahlrecht aus.⁷ Bisher gab es allerdings noch keine Präsidentin. Hillary Clinton (*1947) und Kamala Harris (*1964) unterlagen beide demselben männlichen Kandidaten, nämlich Donald Trump. Ende 2024 stimmten nur 46 % aller Frauen für ihn, wohl aber 55 % der Männer. In vielen Bundesstaaten gab und gibt es jedoch erfolgreiche Gouverneurinnen. Während Frauen im Staat somit Leitungspositionen innehaben, ist das in der katholischen Kirche nicht möglich. Mangels Frauenordination gibt es weder Bischöfinnen noch Pfarrerinnen, was von einer starken feministisch-theologischen Bewegung kritisiert wird. Zugleich gibt es durchaus Katholikinnen, die auf profilierte Weise traditionelle Positionen vertreten. Ein Beispiel dafür war die einflussreiche, den Republikanern nahestehende Publizistin Phyllis Schlafly (1924–2016). Zu Beginn vieler Reden dankte die selbstbewusste Juristin erst ihrem Mann dafür, ihr den Auftritt gestattet zu haben. Damit wollte Schlafly vor allem provozieren.⁸

- (4) Kirchennähe bzw. -distanz. Obwohl der Gottesdienstbesuch in den USA insgesamt deutlich höher ist als im deutschsprachigen Raum, gehen auch hier Katholikinnen und Katholiken mehrheitlich kaum oder sogar gar nicht zur Messe, ohne deshalb jedoch zwingend den Glauben abzulehnen. Aus diesem Grund werden sie oft als *Cultural Catholics* bezeichnet. Das ist keineswegs abwertend gemeint, sondern beschreibt eine teils skeptische, teils wohlwollende Verbundenheit.⁹ Für die Identifikation mit Kirche und Glauben sind Schulen, Colleges und Universitäten, die von Pfarreien, Diözesen oder Ordensgemeinschaften gegründet wurden und mit diesen weiterhin verbunden sind, oft wichtiger als die Ortsbischöfe. Letztere haben aufgrund der Missbrauchskrise, die Anfang der 2000er Jahre im Erzbistum Boston begann, stark an Ansehen eingebüßt. Daher haben politische Äußerungen von Bischöfen längst nicht mehr das Gewicht, das sie zuvor hatten, obwohl sie in den Medien gelegentlich Aufmerksamkeit erregen.
- (5) Das Herkunftsmilieu. Die sozialwissenschaftliche Gesellschaftsanalyse unterscheidet verschiedene Teilgruppen, die sich zum einen aus der sozialen Lage, also Bildungs- und Gehaltsaspekten, zum anderen aus der Grundorientierung, also den leitenden Wertvorstellungen ergeben. Ein Arbeiter in einer Automobilfabrik

in Detroit und eine Studentin in Seattle, die nebenher in einem Coffeeshop jobbt, haben kaum etwas gemeinsam. Sie gehören unterschiedlichen Milieus an, die in der Konsequenz zumeist sehr unterschiedliche politische Präferenzen haben. In diesem Zusammenhang fällt auf, welche Bedeutung der formale Bildungsgrad hat. Wer über einen College-Abschluss und damit im Regelfall ein höheres Einkommen verfügt, wird eher die Demokraten wählen, während sich die Republikaner beinahe zu einer Arbeiterpartei entwickelt haben.¹⁰

All diese Aspekte gilt es zu berücksichtigen. Denn obwohl in den USA Staat und Kirche klar voneinander getrennt sind, stehen Religion und Politik nicht beziehungslos nebeneinander. Katholikinnen und Katholiken sind unweigerlich durch ethnische Zuordnung, Wohnort, Geschlecht, Kirchennähe bzw. -distanz sowie ihr Herkunftsmilieu geprägt. Entsprechend plural ist der Katholizismus in den Vereinigten Staaten. Nicht weniger plural sind auch die politischen Auffassungen der Katholikinnen und Katholiken. Manche von ihnen sympathisieren mit jener Bewegung, die sich unter dem Slogan *Make America Great Again!* (MAGA) formiert hat, während andere jede Form von Rechtspopulismus¹¹ abgrundtief verabscheuen. Gegenüber Generalisierungen ist somit Vorsicht geboten, gibt es doch für alles Gegenbeispiele. Außerdem sind weitere Differenzierungen immer möglich. Deshalb sei betont, dass es sich bei vorliegendem Buch um eine Einführung handelt, nicht um eine ausdifferenzierte Studie mit umfassendem Anspruch. Statt eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Vereinigten Staaten zu bieten – hierzu gibt es bereits exzellente Bücher¹² –, wird der Fokus auf Themenfelder gerichtet, die in besonderer Weise geeignet erscheinen, um das komplexe Verhältnis von Katholizismus und Politik in den USA zu erschließen. Dabei gilt es auch das politische System zu berücksichtigen.

Was dieses betrifft, finden sich die entscheidenden Vorgaben in der im Jahr 1787 beschlossenen Verfassung (*Constitution*), die in der Folge immer wieder um Zusatzartikel ergänzt wurde (*Amendments*).¹³ Die Hürden, solche Verfassungszusätze zu verabschieden, sind allerdings ziemlich hoch. Deshalb gibt es bisher lediglich 27. Politiktheoretisch sind die Vereinigten Staaten keine parlamentarische Demokratie wie etwa die Bundesrepublik Deutschland, in der gewählte Abgeordnete aus ihren Reihen einen Kanzler bestimmen, der dann die Regierung anführt. Vielmehr sind sie eine Präsidialdemokratie. Somit wird – vermittelt durch Wahlleute, die das sogenannte *electoral college* bilden – durch Personenwahl ein Präsident

bestimmt, der mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet ist. Als Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber des Militärs kann er für die Dauer seiner Amtszeit den Kurs der gesamten Nation eigenständig bestimmen. Entsprechend wird jede Aussage, die ein Präsident entweder vor laufenden Kameras oder in den Sozialen Medien tätigt, von der Presse aufgegriffen und eingehend kommentiert. Ihm steht ein Kabinett zur Seite, das als *administration* bezeichnet wird. Allerdings leiten nicht machtbewusste Ministerinnen und Minister die einzelnen Ressorts, sondern sogenannte *secretaries*. Ihre untergeordnete Funktion wird bereits begrifflich deutlich. Sie arbeiten dem Präsidenten zu und führen seine Entscheidungen aus. Jedoch kann er nicht vollkommen uneingeschränkt regieren wie ein absoluter Monarch. Zum einen ist die Amtszeit auf vier Jahre beschränkt und eine Wiederwahl gemäß der Verfassung nur einmal möglich (*Twenty-Second Amendment*). Nach maximal acht Jahren im Amt darf ein Präsident folglich nicht mehr kandidieren. Das soll verhindern, dass eine einzelne Person allzu dominant wird – eine Regelung, die eingeführt wurde, nachdem Franklin D. Roosevelt (1882–1945) viermal hintereinander gewählt worden war. In Roosevelts Regierungszeit, die sowohl durch die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise als auch durch den Zweiten Weltkrieg geprägt war, kam es zum massiven Ausbau des Verwaltungsapparats und – damit verbunden – zu einem erheblichen Bedeutungszuwachs des Präsidentenamts. Zum anderen gibt es im Sinne der Gewaltenteilung ein fein austariertes System wechselseitiger Kontrolle, das jede Machtkonzentration – gerade mit Blick auf den Präsidenten – verhindern soll (*checks and balances*). Exekutive, Legislative und Judikative sind einerseits zwar klar voneinander getrennt, müssen aber andererseits stets zusammenwirken. Aufgrund der starken Position, die der Präsident mittlerweile hat, ist dieses System aber höchst fragil geworden. Es wird bis auf das Äußerste strapaziert, seitdem Trump das Land bevorzugt mit Erlassen regiert, den sogenannten *executive orders*. Im Hintergrund dürfte die in den 1980er Jahren entwickelte, bis heute vertretene Theorie stehen, dass das gesamte politische System der USA auf das Amt des Präsidenten zugeschnitten ist.¹⁴ Dabei behandelt die Verfassung zunächst eigentlich nicht das Präsidentenamt, sondern den Kongress.

Dieser besteht aus zwei Kammern, nämlich Senat und Repräsentantenhaus, die mit der Gesetzgebung befasst sind und somit die Legislative bilden. Die Mitglieder des Kongresses werden aus den einzelnen Bundesstaaten entsandt. Jeder Bundesstaat stellt unabhängig von seiner Größe und Bevölkerungszahl zwei Senatoren, die für jeweils sechs Jahre gewählt

werden. Aktuell sind also 100 Frauen und Männer in dieser Funktion. Bei Stimmengleichheit gibt der Vizepräsident, der eigentlich der Exekutive angehört, den Ausschlag. Momentan ist das James David „JD“ Vance (* 1984), ein praktizierender Katholik, der bis zu seinem Amtsantritt Anfang 2025 selbst Senator war. Während die Zahl der Senatsmitglieder fest vorgegeben ist, hängt die Zahl der Wahlbezirke für das Repräsentantenhaus von der Bevölkerungsentwicklung ab. Gemäß der Verfassung findet alle zehn Jahre ein Zensus statt, auf dessen Grundlage in einem eigenen Verfahren entschieden wird, ob Wahlbezirke gestrichen oder neu geschaffen werden müssen. Aktuell sind es 435 – zum Vergleich: momentan zählt der deutsche Bundestag 630 Abgeordnete bei einer Einwohnerzahl von 83 Millionen, der österreichische Nationalrat 183 Abgeordnete bei einer Einwohnerzahl von neun Millionen. Was die USA betrifft, so ist mittelfristig jedoch mit einem Anstieg der Wahlbezirke zu rechnen, weil die Einwohnerzahl des Landes weiterhin zunimmt. Werden neue geschaffen, versucht die Regierung des jeweiligen Bundesstaats, diese so zuzuschneiden, dass ihre Partei sie gewinnt. Mit Blick auf die Zwischenwahlen, die Ende 2026 anstehen, hat das von den Republikanern regierte Texas fünf neue Bezirke geschaffen. Im Gegenzug kündigte das von den Demokraten dominierte Kalifornien an, ebenso vorzugehen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Das zeigt, wie wichtig die Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus sind. Dessen Vorsitzender, der *speaker of the house*, hat protokollarisch nach dem Präsidenten und Vizepräsidenten den dritthöchsten Rang im Staat. Aktuell ist das Mike Johnson (* 1972), ein Evangelikaler aus dem Süden der USA, weil seine Republikanische Partei in der zweiten Kammer des Kongresses derzeit über eine knappe Mehrheit verfügt. Das kann sich jedoch bald wieder ändern, denn die Amtszeit der Abgeordneten, die entsprechend ihrer gesetzgeberischen Aufgabe im Englischen auch *lawmakers* genannt werden, beträgt lediglich zwei Jahre. Die Wahlen, die jeweils zur Halbzeit einer Präsidentschaft stattfinden, die sogenannten *midterm elections*, gelten dabei als wichtiger Stimmungstest. Sind die Wähler mit einer Regierung unzufrieden, stärken sie die Opposition. Dies könnte im November 2026 durchaus geschehen, sind die Zustimmungswerte zu Trumps Kurs doch insgesamt gefallen. Allerdings sind nicht alle Einwohner des Landes im Kongress repräsentiert, denn weder der *District of Columbia*, in dem die Hauptstadt Washington liegt, noch eine Reihe von sogenannten Territorien (*United States territories*) dürfen Senatoren und stimmberechtigte Abgeordnete entsenden. Sie haben nämlich einen anderen rechtlichen Status als die Bundesstaaten.

Im Bereich der Judikative kommt dem Obersten Gerichtshof (*Supreme Court*) zentrale Bedeutung zu. Er umfasst neun Mitglieder, die auf Lebenszeit ernannt sind. Wird durch Tod oder vorzeitigen Rücktritt ein Platz frei, schlägt der amtierende US-Präsident eine neue Richterin oder einen neuen Richter vor. Der Senat stimmt dann nach intensiven, oft harten Anhörungen über den jeweiligen Personalvorschlag ab. Hierdurch droht eine Politisierung des Verfahrens, weil aufseiten der Opposition immer der Verdacht besteht, die Regierung suche ihr genehme, ideologisch kompatible Juristen aus, um dauerhaft Einfluss auf die Rechtsprechung zu nehmen. Ganz von der Hand zu weisen ist dieser Verdacht nicht. Beispielsweise hatte Antonin Scalia (1936–2016), Sohn eines italienischen Einwanderers aus Sizilien, der vornehmlich an Einrichtungen der Jesuiten ausgebildet worden war, in den 70er Jahren für republikanische Administrationen gearbeitet, bevor ihn ein republikanischer Präsident nominierte. Scalia gehörte außerdem der konservativen Juristenvereinigung *Federalist Society* an und vertrat eine Auslegungsmethode, die den Text der Verfassung als das Gesetz betrachtet, das in seinem Ursprungssinn ausgelegt werden muss.¹⁵ Diesem sogenannten Originalismus, dem eine pragmatische, an den Bedürfnissen der Gegenwart orientierte Auslegungsmethode gegenübersteht, weiß sich inzwischen die Mehrheit der Richterinnen und Richter am Obersten Gerichtshof verpflichtet. Das gilt auch für Scalias ehemalige Mitarbeiterin Amy Coney Barrett (*1972), die Trump noch kurz vor der Präsidentschaftswahl 2020 durchsetzen konnte.¹⁶ Die ausgewiesene Juristin ist eine praktizierende Katholikin.

Wie ernst sie ihren Glauben nimmt, zeigt sich anhand ihrer Haltung zur Todesstrafe. Diese wird nicht nur in 27 Bundesstaaten insbesondere im Süden der USA verhängt, sondern kommt bei schweren Verbrechen auch auf der Bundesebene zur Anwendung. Umfragen zufolge befürwortet die Bevölkerung mehrheitlich die Todesstrafe – einschließlich der Katholikinnen und Katholiken, obwohl sich das kirchliche Lehramt hier gegenteilig geäußert hat. Der erstmals im Jahr 1993 veröffentlichte, 1997 leicht überarbeitete ‚Katechismus der katholischen Kirche‘ schloss die Todesstrafe zwar nicht prinzipiell aus. Aber sie galt nur als extremes Mittel zum Schutz des Gemeinwohls, sofern dies der einzig mögliche Weg war, Menschenleben gegen einen ungerechten Angreifer wirksam zu verteidigen. Unter Papst Franziskus (1936–2025) wurde der Katechismus dann geändert. Nun gilt die Todesstrafe als grundsätzlich unzulässig, weil sie nicht mit der Menschenwürde vereinbar ist.¹⁷ Die US-Bischöfskonferenz fordert deshalb ihre Abschaffung.¹⁸ Als gläubige Katholikin sieht

sich Amy Coney Barrett an das kirchliche Lehramt gebunden. Bereits im Jahr 1998, kurz nachdem sie an der *University of Notre Dame* ihr Jura-studium abgeschlossen hatte, publizierte sie zusammen mit einem ihrer akademischen Lehrer einen Artikel, in dem diskutiert wird, wie katholische Richterinnen und Richter mit dem Problem umgehen sollen. Sind sie einerseits dazu verpflichtet, geltendes Recht anzuwenden, steht dem andererseits ihr persönlicher Glaube entgegen. Die im Artikel vorgeschlagene Lösung lautet, die vorhandenen Spielräume zu nutzen:

„Katholische Richterinnen und Richter müssen bei der Entscheidung, ob sie in Fällen mit Todesstrafe mitwirken sollen, einige komplexe moralische und rechtliche Fragen beantworten. Manchmal (wie bei direkten Berufungsverfahren gegen Todesurteile) sind die richtigen Antworten nicht offensichtlich. Aber in einem System, das die Entscheidung letztendlich dem Richter überlässt, sind dies Fragen, die verantwortungsbewusste Gläubige ernsthaft in Betracht ziehen müssen. Richter können und sollten nicht versuchen, unser Rechtssystem mit der moralischen Lehre der Kirche in Einklang zu bringen, wenn diese auseinanderklaffen. Sie sollten jedoch ihr eigenes Verhalten an den Standards der Kirche ausrichten. Vielleicht wird ihr gutes Beispiel eine gewisse Wirkung haben.“¹⁹

Um bloß theoretische Erwägungen handelte es sich dabei nicht, denn Coney Barrett sollte als Mitglied des Obersten Gerichtshofs später selbst mit einem entsprechenden Fall konfrontiert sein. Im Frühling 2013 hatten zwei Brüder aus Tschetschenien einen verheerenden, offenbar islamistisch motivierten Sprengstoffanschlag auf den beliebten *Boston Marathon* verübt. Einer der beiden Attentäter überlebte und wurde angeklagt. Eine Jury verhängte die Todesstrafe, die ein Berufungsgericht mit Verweis auf einen Verfahrensfehler jedoch wieder aufhob. Der Fall landete schließlich beim Obersten Gerichtshof. Coney Barrett stimmte im Jahr 2022 mit der Mehrheit dafür, dass das ursprüngliche Urteil rechtskonform zustande gekommen sei – und nur darüber war hier zu befinden.²⁰ Der Attentäter muss deshalb mit seiner Hinrichtung rechnen, zumal Donald Trump die Todesstrafe ausdrücklich befürwortet.

Der Oberste Gerichtshof hat zuletzt stark an Bedeutung hinzugewonnen. Aufgrund der Polarisierung, die das Land aktuell prägt, wird er nämlich viel häufiger als früher angerufen. Da es Republikanern und Demokraten im Kongress kaum noch gelingt, sich auf konstruktive Weise miteinander zu verständigen und für beide Seiten annehmbare Kompromisse zu finden, muss die Judikative Entscheidungen treffen, die Legislative und Exekutive dann binden. Faktisch betätigt sich der Oberste Gerichtshof da-

mit politisch, obwohl er an sich andere Aufgaben hat. Eigentlich überprüft er neue Gesetze der Bundesstaaten und der US-Regierung sowie Urteile anderer Gerichte, die ihm entweder vorgelegt werden oder die er in seltenen Fällen selbst aussucht, darauf hin, ob sie mit der Verfassung übereinstimmen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Schutz individueller Rechte. Schließlich sollen die Menschen in den Vereinigten Staaten gemäß der Verfassung in Freiheit leben können. Sie sollen für sich selbst entscheiden, was ihnen wichtig ist – natürlich im Rahmen gewisser Grenzen.

Gerade von dieser Offenheit konnte der Katholizismus stark profitieren. Aufgrund des historisch gewachsenen Verhältnisses von Staat und Kirche gab es in Europa oft vertraglich festgeschriebene Regelungen wie etwa Konkordate. In den USA konnte sich der Katholizismus hingegen frei entfalten. Jedenfalls betonte das Papst Leo XIII. (1810–1903) in einem Schreiben an die Bischöfe des Landes aus dem Jahr 1895. Mit Blick auf die Blüte der amerikanischen Kirche erkannte er an, dass sich diese zumindest teilweise der geltenden Verfassungsordnung verdankte.²¹ Obwohl Leo sogleich hinzufügte, das bedeute nicht, dass die Situation in den Vereinigten Staaten die beste für die katholische Kirche sei, war sein Lob bemerkenswert. Überhaupt versuchte der Papst – wenn auch auf sehr vorsichtige Weise –, die positiven Seiten des modernen Verfassungsstaats zu betonen. Zumindest sah der aus New York stammende Jesuit John Courtney Murray (1904–1967) das so. Nachdem er die Staatslehre von Leo XIII. in ihrem historischen Kontext untersucht hatte, legte der Theologe im Jahr 1960 eine Monographie vor, in der er mit Blick auf sein Heimatland auf aktuelle Themen einging.²² Seiner Auffassung nach gab die in den USA vorgesehene Trennung von Staat und Kirche zum einen dem Katholizismus ein hohes Maß an Freiheit und ideale Entfaltungsmöglichkeiten. Zum anderen begrenze sie die Macht des Staates, denn diesem komme lediglich zu, vorläufige Dinge zu regeln. Versuche, über alle Bereiche des Lebens zu bestimmen, seien aus diesem Grund zurückzuweisen. Mit Recht habe sich die katholische Kirche deshalb gegen Positionen gewandt, die Murray als Jakobinismus, radikalen Liberalismus und totalitäre Demokratie bezeichnet. Staat und Kirche zu trennen, helfe somit beiden Seiten.

Unumstritten war diese Deutung freilich nicht. Joseph Clifford Fenton (1906–1969), Professor an der *Catholic University of America* mit besten Verbindungen in Rom, bezog sich ebenfalls auf Papst Leo XIII., um die traditionelle Auffassung des Verhältnisses von Staat und Kirche zu stützen. Demnach fiel es dem Staat grundsätzlich zu, das Seelenheil seiner

Bürger zu sichern. Hierzu musste er die naturrechtlichen und kirchlichen Bestimmungen zum Heil der Menschen durchsetzen. Somit waren häretische Auffassungen zu verfolgen und jeder Pluralismus, der das Seelenheil gefährdete, zu unterdrücken. Es konnte weder die Meinungs- und Pressefreiheit noch unveräußerliche Menschenrechte im Sinne der Aufklärung geben. Entsprechend lehnte Fenton Murrays Position entschieden ab.²³

Bald darauf begann jedoch das Zweite Vatikanische Konzil. An diesem wirkten beide Theologen mit – Fenton allerdings nur in der Anfangsphase, also solange konservativ-kuriale Kreise die Debatten bestimmten. Murray wurde erst dann Berater, als sich das progressiv-bischöfliche Lager durchsetzen konnte. Der Jesuit war sogar maßgeblich am Entstehen der Erklärung *Dignitatis humanae* beteiligt, mit der die katholische Kirche nicht nur die Würde der menschlichen Person betonte, sondern zugleich die sie absichernden rechtlichen Rahmenbedingungen herausstellte. Wie Murray später erläuterte, hatte *Dignitatis humanae* zwei zentrale inhaltliche Komponenten: eine juristische und eine politische. Juristisch werde bekräftigt, dass alle Menschen das Recht auf Religionsfreiheit haben – ein Recht, das auf der Würde der Person beruhe, darum formal als staatliches Recht anerkannt und durch die Verfassung geschützt werden könne. Politisch werde bekräftigt, dass die Macht der Regierung dafür einzusetzen ist, dieses Recht zu schützen, statt seine Ausübung einzuschränken – außer in Fällen, bei denen das nachweislich erforderlich ist. Murray fuhr fort:

„Die Erklärung stellt das Recht auf Religionsfreiheit als ein Abwehrrecht dar, also als Freiheit von Zwang in Bezug auf die Religion. Damit bewegt sie sich auf dem festen Boden der westlichen Verfassungstradition, deren Entwicklung gerade durch die US-Verfassung von 1789 und den Ersten Verfassungszusatz von 1791 geprägt wurde. Die zentralen Freiheiten, die jener Verfassungszusatz enthält, einschließlich des Rechts auf freie Religionsausübung, wurden nicht als Forderungen an die Regierung oder die Gesellschaft aufgefasst, sondern vielmehr als Absicherungen gegenüber der Regierung und der Gesellschaft. Sie waren – wie sie der Vierzehnte Verfassungszusatz später nennen sollte – gegebene Rechte der Bürger der Vereinigten Staaten.“²⁴

Der Jesuit konnte die Übereinstimmung zwischen *Dignitatis humanae* und der *Constitution* betonen, weil er bei den Beratungen des Zweiten Vatikanischen Konzils seine eigene kulturelle Prägung eingebracht hatte. Somit ist es keine Übertreibung, die Erklärung zur Religionsfreiheit als ein amerikanisches Dokument zu bezeichnen. Aber während sich die katholische Kirche in den USA frei entfalten konnte, hat sie sich selbst nicht

demokratisieren müssen. Eine solche Forderung würde der verfassungsmäßig garantierten freien Religionsausübung entgegenstehen. Allerdings entsteht eine gewisse Spannung zwischen dem, was Amerikanerinnen und Amerikaner im Bereich der Politik praktizieren, und dem, was sie in religiöser Hinsicht erleben. Der Theologe Richard McBrien (1936–2015), Professor an der *University of Notre Dame* nahe Chicago, problematisierte das bereits im Jahr 1973. Seiner Auffassung nach sei die Kirche weiterhin eine absolute Monarchie, müsse künftig aber mehr konstitutionelle Elemente aufnehmen. Dazu machte McBrien eine Reihe sehr konkreter Vorschläge, die sich offenkundig an der US-Verfassung orientierten. Ihm schienen drei Aspekte zentral, nämlich die Beschränkung von Macht, die Rechenschaftspflicht von Amtsträgern und die Offenheit für inhaltliche und strukturelle Veränderungen.²⁵

Was den ersten Aspekt betrifft, betonte er den Unterschied zwischen der zentralen und der regionalen Ebene, die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative und die Garantie individueller Freiheitsrechte im Sinne eines Grundrechtskatalogs, den er in angelsächsischer Tradition ausdrücklich als *Bill of Rights* bezeichnete. Hierzu zählte auch die Rechtssicherheit. McBrien griff in diesem Zusammenhang eine Formulierung aus dem Vierzehnten Zusatzartikel zur US-Verfassung auf, der ein ordentliches Verfahren garantiert, indem er von *due process of law* spricht. In Bezug auf den zweiten Aspekt, also die Rechenschaftspflicht, forderte er die Wahl von Amtsträgern. Diözesanbischöfe sollten durch ein Gremium gewählt werden, dem Priester, Ordensleute und Laien angehörten. Diskussionen und Informationen dürften nicht unterdrückt werden, um eine fundierte Urteilsbildung zu gewährleisten. Entsprechend bedürfe es einer offenen Debattenkultur. Drittens sollten regelmäßige Treffen der Entscheidungsberechtigten stattfinden, um über potenzielle Veränderungen zu beraten. Ebenso müssten kirchliche Gerichte über die stete Neuinterpretation der Gesetze verhandeln, wobei sie durch Kommissionen unterstützt werden sollten.

McBriens Vorschlag, die katholische Kirche stärker an der US-Verfassung auszurichten, stand im Zusammenhang mit dem Vorstoß, Impulse des beendeten Zweiten Vatikanischen Konzils aufzunehmen. Gemeint ist das im Jahr 1971 von den Bischöfen beschlossene Dialogformat *Call to Action*.²⁶ Landesweit fand eine Reihe offener Treffen statt, um vorhandene gesellschaftliche und pastorale Probleme zu identifizieren, sie vom Glauben her zu beurteilen und zu konkreten Schlüssen zu kommen. Das entsprach dem methodischen Dreischritt von Sehen, Urteilen und Han-

deln, wie er nicht zuletzt in der südamerikanischen Befreiungstheologie verbreitet war. Im Oktober 1976 fand dann in Detroit eine mehrtägige Abschlusskonferenz statt, die einer Nationalsynode ähnelte und bewusst mit den Feierlichkeiten zum Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung verbunden wurde. Die Delegierten formulierten 182 Vorschläge, was sich alles in der Kirche ändern sollte. Hiermit stießen sie bei vielen Gläubigen auf Begeisterung. Zugleich gab es aber deutliche Kritik an *Call to Action*. Sowohl Laien als auch Kleriker wandten ein, dass die Bandbreite des amerikanischen Katholizismus gar nicht repräsentiert gewesen sei. Stattdessen hätten gut organisierte, theologisch liberale Kreise das Format dominiert und damit einseitige Vorschläge gemacht. Selbst grundsätzlich an Reformen interessierte Katholikinnen und Katholiken gingen auf Distanz. Auch die Bischofskonferenz verhielt sich zurückhaltend.²⁷

Somit blieb nicht nur die Wirkung von *Call to Action* begrenzt, sondern auch die klar hierarchische Struktur der Kirche in den USA unangetastet. In jüngster Zeit setzen reformorientierte Kräfte deshalb große Hoffnungen auf das Projekt der Synodalität, das Papst Franziskus angestoßen hat. Seiner Auffassung nach soll das ganze mit dem Heiligen Geist begabte Volk Gottes in die Entscheidungsfindung der Kirche mit einbezogen werden. Begegnung, Zuhören und gemeinsame, vom Gebet getragene Unterscheidung seien dabei wichtig. Insgesamt müsse die Kirche aufmerksam für die Zeichen der Zeit sein, ohne diese allerdings mit dem Zeitgeist zu verwechseln.²⁸ Für Franziskus war dabei stets klar, dass es um eine Beteiligung bloß in Bezug auf die Beratung, nicht jedoch an der Entscheidung selbst geht. Letztverantwortlich sind und bleiben nämlich der Papst und die Bischöfe. Entsprechend hat Franziskus sein Verständnis von Synodalität wiederholt von der Vorstellung einer modernen Demokratie abgegrenzt. Gleiches gilt für seinen Nachfolger, Leo XIV. (*1955). Eine stärkere Demokratisierung der Kirche, die zumindest in Ansätzen eine Gewaltenteilung und die effektive Kontrolle von Macht bedeuten würde, ist also nach wie vor nicht geplant. Dabei wuchs der aktuelle Papst in Chicago auf und studierte zunächst in Philadelphia, dann in seiner Heimatstadt. Selbst als er später in Peru und Italien lebte, nahm er an Wahlen in seiner Heimat teil. Über sein Abstimmungsverhalten ist nichts bekannt – wohl aber, dass sein älterer Bruder ein entschiedener Anhänger der MAGA-Bewegung ist. Im Mai 2025 wurde er darum sogar im Weißen Haus empfangen. Soweit zu sehen, teilt Papst Leo die Begeisterung seines Bruders für Trump nicht. Hieraus folgt allerdings nicht, dass er die Demokratische Partei bevorzugt. Dazu gibt es keine Hinweise. Sicher ist

dagegen, dass ihm am politischen System der USA liegt. Was das für die Kirche heißt, bleibt allerdings abzuwarten.

Bislang hat Leo XIV. keine Reise in sein Heimatland angekündigt. Dabei lud ihn Vizepräsident JD Vance ein, an den Feierlichkeiten anlässlich des 250. Jubiläums der Unabhängigkeitserklärung teilzunehmen. Diese finden um den 4. Juli 2026 herum statt, also dem *Independence Day*, der zu den wenigen staatlichen Feiertagen in den USA zählt. Aber genau dann möchte der Papst einen Besuch auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa machen, die das Ziel insbesondere von Bootsflüchtlingen aus Afrika ist. Sein Vorgänger Franziskus hatte Lampedusa bewusst als Ziel für seine erste Auslandsreise gewählt, um Aufmerksamkeit auf das Thema Migration zu lenken. Wenn Leo am amerikanischen Nationalfeiertag auf die Insel reist, so dürfte das als Signal gemeint sein, dass ihm vor allem an den internationalen Herausforderungen der Gegenwart liegt. Allerdings wird er am Vorabend virtuell an einer Preisverleihung teilnehmen. Das *National Constitution Center* mit Sitz in Philadelphia, das der US-Bevölkerung die Verfassung näherbringen soll, will ihn nämlich mit seiner *Liberty Medal* auszeichnen. Die übliche Dankesrede dürfte Aufschluss über Leos Sicht der aktuellen amerikanischen Politik bieten.

